

Protokoll

der 2. Sitzung, Runder Tisch Berlin - Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, am 19.02.2020

Beginn: 15:30 Uhr

Teilnehmer/innen: Siehe anliegende Liste (Anlage 1)

Tops:

1. Begrüßung, Tagesordnung, Protokoll, Einführung in die Sitzung
2. Umsetzung von Arbeitsaufträgen - Expert*innengespräche und Sachstand
 - 2.1. Beschluss zum Expert*innengespräch „Männer als Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt“ und Vorstellung Gender-Sprache
 - 2.2. Bericht und Beschluss zum Expert*innengespräch „Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Migrations-/Fluchtgeschichte nach häuslicher und sexualisierter Gewalt
 - 2.3. Vorstellung des Sachstands und Maßnahmen der Organisationen zur Umsetzung der WHO Leitlinien
3. Umsetzung von Arbeitsaufträgen – Fachgruppen
 - 3.1. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Schnittstelle Kinder/Jugendliche“
 - 3.2. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“
 - 3.3. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Versorgungsrealitäten“
 - 3.4. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Datenerhebung/Forschung“
4. Aktivitäten und Erfahrungen der teilnehmenden Organisationen
 - 4.1. Befragung Berliner Rettungsstellen
 - 4.2. Maßnahmen der BARMER, LV Berlin-Brandenburg
 - 4.3. Projekt Babylots*innen, Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege, Gleichstellung
5. Arbeitsaufträge und Vereinbarungen

TOP 1 Begrüßung, Tagesordnung, Protokoll, Einführung in die Sitzung

Frau Staatssekretärin König eröffnet die Veranstaltung und begrüßt die Anwesenden. Sie entschuldigt Frau Senatorin Kalayci und Herrn Staatssekretär Matz. Sie begrüßt als neues Mitglied des Runden Tisches den Bundesverband der Ärzte für Kinder- und Jugendmedizin (BVKJ) e.V., LV Berlin, vertreten durch Herrn Dr. Maske. Als neue Vertreterinnen werden begrüßt: Frau Dr. Gaber für den Berufsverband der Frauenärzte e.V., LV Berlin, Frau Engelke für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und Frau Blume für den Landespflegerat Berlin.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

Das Protokoll der Sitzung vom 12.06.2019 ist den Teilnehmenden per Email am 30.07.2019 zugegangen. Die Geschäftsstelle informiert über eine kleine Korrektur unter TOP 4 b), Landeskommision, letzter Satz „Frau Stübe begrüßt die Einrichtung einer Fachgruppe...“ (statt: Frau Stein). Das Protokoll wird ohne weitere Änderungen angenommen.

Frau König informiert einleitend über aktuelle Entwicklungen. Darunter:

- Die Geschäftsstelle hat Informationsmappen für Unterlagen des Runden Tisches drucken lassen. Sie können von den Teilnehmer*innen genutzt und bei Bedarf in der Geschäftsstelle angefordert werden. Auch Plakate des Runden Tisches sind noch verfügbar.
- Das Thema „häusliche und sexualisierte Gewalt“ wird in weiteren Gremien bearbeitet – z.B. in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, in der Fachkommision häusliche

Gewalt des BIG e.V., im Rahmen der Integrierten Maßnahmenplanung sexualisierte Gewalt. Angestrebt und unterstützt wird eine gegenseitige Bezugnahme und Vernetzung.

- Der Etat für Projekte der „Antigewaltarbeit“ wurde für das Jahr 2020 um 10% erhöht (der Aufwuchs des Gesamtetats Berlin von 2019 auf 2020 beträgt 3%). U.a. wurden Plätze in Zufluchtseinrichtungen erhöht.
- Die diesjährige Gesundheitsministerkonferenz (GMK) findet in Berlin statt. Thematischer Schwerpunkt ist „Klima und Gesundheit“. Die Senatsverwaltung wird u.a. einen Antrag im Zusammenhang mit der gesetzlich neu geregelten Finanzierung der vertraulichen Dokumentation und Spurensicherung nach Misshandlung und sexueller Gewalt (§27 und § 132k SGB V) einbringen (Entwicklung länderübergreifender Standards).
- Am 06.03.2020 findet die Verleihung des Berliner Frauenpreises statt. Der Preis geht in diesem Jahr an die Leiterin des Theatertreffens der Berliner Festspiele Yvonne Bühren für ihr frauenpolitisches Engagement im Kulturbereich. Die Mitglieder des Runden Tisches sind herzlich eingeladen.

TOP 2 Umsetzung von Arbeitsaufträgen – Expert*innengespräche und Sachstand

TOP 2.1. Beschluss zum Expert*innengespräch „Männer als Betroffene häuslicher/ sexualisierter Gewalt“

Inhalte und Ergebnisse des Expert*innengesprächs wurden ohne Beschlussfassung bereits in der Sitzung vom 12.06.2019 vorgestellt (s. Protokoll). Die erneut vorliegende Beschlussvorlage umfasst den ergänzten Punkt 5. „Weitere Forschung wird in Hinblick auf die bestmögliche Umsetzung der Leitlinien für betroffene Männer als sehr wünschenswert erachtet“. Sie wurde am 30.01.2020 an alle Teilnehmer*innen versendet und liegt als Tischvorlage vor.

Frau König bittet um Abstimmung. Die Beschlussvorlage wird ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen. Der Beschluss ist dem Protokoll beigefügt (s. Anlage Beschlüsse).

Die ebenfalls in der Sitzung vom 12.06.2019 erbetene Konkretisierung zur Nutzung des „Genderstern“ in Texten des Runden Tisches wurde vorgelegt (s. Anlage 2). In Veröffentlichungen des Runden Tisches Berlin wird künftig der Gender-Stern (z.B. Leser*in) benutzt, um Personen einzubeziehen, die sich nicht im binären Geschlechtersystem von Frau und Mann wiederfinden. Frau König informiert, dass bei einer Veröffentlichung von Texten die auf der Homepage der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung eingestellt werden, jeweils eine Alternativfassung (neutrale Formulierungen und weibliche/männliche Schreibweise) erstellt wird. Begründet ist dies in den aktuellen Vorgaben zur Barrierefreiheit des Senats. Alternativfassungen werden mit einem Hinweis zur Sprachregelung versehen und es wird eine Verlinkung zum Originaltext erfolgen. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass es sich um ein technisches Problem handelt. Die Anwesenden stimmen diesem Verfahren zu.

TOP 2.2. Bericht und Beschluss zum Expert*innengespräch „Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Migrations-/Fluchtgeschichte nach häuslicher und sexualisierter Gewalt“

Frau Dr. Wessel (Kassenärztliche Vereinigung Berlin) berichtet: Das Expert*innengespräch hat sich mit der Frage befasst, ob die Empfehlungen der WHO auf die Versorgung gewaltbetroffener Migrant*innen und Geflüchteter anwendbar sind und ob es Ergänzungen oder Änderungen bedarf. Neben Mitgliedern des Runden Tisches nahmen Vertreter*innen von Fachberatungsstellen (Migration, Gewalt, sexuelle Gesundheit) sowie von TransVer, Psychosoziales Ressourcen-Netzwerk zur interkulturellen Öffnung und der Senatsverwaltung teil. Themen waren „Sprachmittlung“, „Zugangsbarrieren“, „Vernetzung“, „Psychotherapeutische Versorgung“, „Aufenthaltsrechtliche Fragen“ und „Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung“. Die Expert*innenrunde kam zu dem Schluss, dass die Leitlinien der WHO für betroffene Migrant*innen und Geflüchtete gleichermaßen anzuwenden sind. Empfohlen wurden Ergänzungen zu einzel-

nen Punkten, darunter Anwesenheit und Finanzierung von Dolmetscher*innen, Verfügbarkeit von Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen, auch Leichte Sprache mit Piktogrammen, Bereitstellen zusätzlicher Akutplätze für die psychotherapeutische Versorgung, Konzept für die psych. Versorgung ohne Krankenversicherung/ohne Aufenthalt, Integration der Thematik in die Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Es erfolgt ein kurzer Austausch. Angemerkt wird, dass Sprachmittlung stets auch als Kulturmittlung begriffen werden sollte. Der Punkt soll in die Berliner Fassung der Leitlinien einfließen. Angemerkt wird auch, dass Sprachmittler*innen und Dolmetscher*innen, die in Fällen häuslicher und sexualisierter Gewalt eingesetzt werden, Zugang zu Supervision haben sollten. Die Fachgruppe Versorgungsrealitäten wird gebeten sich mit dem Punkt „Entwicklung tragfähiger Versorgungsmodelle der psychischen/psychologischen Unterstützung (...)“ zu befassen.

Die Beschlussvorlage zum Expert*innengespräch wurde am 30.01.2020 an alle Teilnehmer*innen versendet und liegt als Tischvorlage vor.

Frau König bittet um Abstimmung. Die Beschlussvorlage wird einstimmig, ohne Ablehnung und Enthaltung angenommen. Der Beschluss ist dem Protokoll beigefügt (s. Anlage Beschlüsse).

Die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Expert*innengespräche werden von der Geschäftsstelle in eine Berliner Fassung der WHO Leitlinien eingearbeitet. Ein Entwurf wird zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Es wird angeregt, die Expert*innengespräche fortzusetzen, da u.a. die Gruppen „ältere Menschen“ und „Inter/Trans Menschen“ bisher nicht bearbeitet wurden. Die Senatsverwaltung und die Geschäftsstelle werden das Anliegen aufgreifen und prüfen, ob eine Umsetzung möglich ist.

TOP 2.3. Vorstellung bestehender/geplanter Maßnahmen der Organisationen zur Umsetzung der WHO Leitlinien

Herr Beckmann, Geschäftsstelle RTB, stellt den aktuellen Stand der Rückmeldungen vor.

Bis zum 20.1.2020 haben 16 der 28 Mitgliedsorganisationen Auskunft über Stand und Planung gegeben. Darstellung und Auswertung erfolgen entsprechend der sieben grundlegenden Ziele des Runden Tisches (s. Anlage 3). Eine zusammenfassende Darstellung des Stands liegt den Teilnehmer*innen als Tischvorlage vor (s. Anlage 3).

Die Angaben der Organisationen werden in einer Matrix zusammengestellt und allen Mitgliedern des Runden Tisches per Mail zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um ein internes Arbeitspapier, das nicht für die Weitergabe an Dritte freigegeben ist.

Die Matrix wird durch die Geschäftsstelle kontinuierlich aktualisiert. Dafür sind alle Mitglieder gebeten sich aktiv zu beteiligen sowie Veränderungen mitzuteilen. Die Geschäftsstelle wird im Rahmen der Sitzungen des Runden Tisches regelmäßig berichten.

TOP 3 Umsetzung von Arbeitsaufträgen – Fachgruppen

TOP 3.1. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Schnittstelle Kinder/Jugendliche“

Herr Dr. Brockstedt, Ärztekammer Berlin, stellt Arbeit und Ergebnisse der Fachgruppe vor. Den Anwesenden liegt eine schriftliche Darstellung der Zielsetzung der Fachgruppe, der von der Fachgruppe konstatierten Ist-Situation und der geplanten Maßnahmen incl. der jeweiligen Zuständigkeit, der Kosten und der zeitlichen Umsetzungsplanung vor. Ebenfalls liegt eine Beschlussvorlage vor, die sich auf diese Darstellung bezieht.

Frau König bedankt sich für die Präsentation und für die engagierte Arbeit der Fachgruppe. Es erfolgt ein kurzer Austausch zur Arbeit der Fachgruppe. Es wird noch einmal im Zusammenhang mit älteren, schulpflichtigen Kindern die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Bildungswesen betont und angeregt, zu diesem Punkt eine intensivere Kooperation zwischen beiden anzustreben. Angeregt wurde auch, in den Fachgruppen zu erörtern, welche Überprüfungsinstrumente sinnvoll sein könnten, um umgesetzte Maßnahmen einer Qualitätskontrolle zu unterziehen.

Herr Dr. Brockstedt und Frau Hillenbrand bestätigen ihre Bereitschaft, sich für die Integration

des Themas „Kinderschutz im Kontext häuslicher und sexualisierter Gewalt“ in die Weiterbildungsordnungen einzusetzen und entsprechende Maßnahmen in den jeweiligen Kammern zu initiieren.

Herr Rothenpieler, SenGPG, nimmt den Auftrag eine berufsrechtliche Prüfung von Fallvignetten zu veranlassen, die im Rahmen der Fachgruppe erarbeitet werden sollen, grundsätzlich an. Er bittet jedoch darum den Begriff der „Beauftragung“ (Pkt. 4 der Beschlussvorlage) in ein „Hinwirken“ zu ändern.

Frau König bittet die Anwesenden um Zustimmung zu folgender Neufassung des Punkt 4: *„Die Teilnehmenden des RTB bitten die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung darauf hinzuwirken, dass die Ärztekammer Berlin durch ihre Rechtsabteilung eine berufsrechtliche Stellungnahme für die von der Fachgruppe erarbeiteten Fallvignetten erstellen lässt“*. Die Anwesenden stimmen der Änderung ohne Gegenstimme und Enthaltung zu.

Frau König bittet um Abstimmung der in Punkt 4 geänderten Beschlussvorlage Nr. 1 zu Top 3. Der Beschluss wird ohne Gegenstimme und Enthaltungen einstimmig angenommen. Der Beschluss incl. Maßnahmenübersicht ist dem Protokoll beigelegt (s. Anlage Beschlüsse).

TOP 3.2. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“

Frau Winterholler, Geschäftsstelle RTB, stellt Arbeit und Ergebnisse der Fachgruppe vor. Auch für diese Fachgruppe liegen den Anwesenden eine schriftliche Darstellung der Zielsetzung, der Ist-Situation und der geplanten Maßnahmen sowie eine Beschlussvorlage vor.

Frau König bedankt sich für die Präsentation und für die engagierte Arbeit der Fachgruppe. Es erfolgt ein kurzer Austausch zu den geplanten Maßnahmen. Deutlich wird, dass es inhaltliche Überschneidungen zu Planungen anderer Fachgruppen – insbesondere FG Versorgungsrealitäten und FG Schnittstelle Kinder/Jugendliche gibt. Die Anwesenden plädieren für eine fachliche Abstimmung zwischen den Fachgruppen um Doppelarbeit zu vermeiden. Die Geschäftsstelle wird gebeten das Thema zu bearbeiten und mit den Fachgruppen rückzusprechen.

Die Geschäftsstelle schlägt vor Punkt 4. der Beschlussvorlage um den Hinweis zu ergänzen, dass auch die Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit geplante Maßnahmen mit anderen Fachgruppen rückspricht. Die Anwesenden stimmen folgender Änderung des Punkt 4 ohne Gegenstimme und Enthaltungen zu: Punkt 4 wird ergänzt durch den Satz: *„Die Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit stimmt ihre Maßnahmen mit den anderen Fachgruppen ab“*.

Frau König bittet um Abstimmung der in Punkt 4 ergänzten Beschlussvorlage Nr. 2 zu TOP 3. Der Beschluss wird ohne Gegenstimme und Enthaltungen einstimmig angenommen. Der Beschluss incl. Maßnahmenübersicht ist dem Protokoll beigelegt (s. Anlage Beschlüsse).

TOP 3.3. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Versorgungsrealitäten“

Frau Leyh, BARMER LV Berlin-Brandenburg, stellt Arbeit und Ergebnisse der Fachgruppe vor. Auch für diese Fachgruppe liegen den Anwesenden Zielsetzung, Beschreibung der Ist-Situation, Übersicht über vorgeschlagene Maßnahmen und Beschlussvorlage schriftlich vor.

Frau König bedankt sich für die Präsentation und für die engagierte Arbeit der Fachgruppe. Die Fachgruppe hat sich auch mit der Frage befasst, wie Ergebnisse der FG-Arbeit und des RTB im Allgemeinen bestmöglich für Fachkräfte, Betroffene und Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Die Fachgruppe schlägt dafür die Einrichtung einer eigenen Online-Plattform des RTB vor. Der Vorschlag trifft bei allen Anwesenden auf Zustimmung und soll weiterverfolgt werden. Die Verantwortung für die Finanzierung wird bei der SenGPG gesehen.

SenGPG, Geschäftsstelle und die FG Öffentlichkeitsarbeit werden in einem ersten Schritt beauftragt bis zur nächsten Sitzung des Runden Tisches ein Rahmenkonzept für die Plattform (Ziele / Zielgruppen / Inhalte) vorzulegen und den Finanzbedarf zu beziffern. Frau Leyh, Frau Stein, Frau Engelke und Herr Dr. Brockstedt sind bereit an einem Treffen zu möglichen Eckpunkten einer Plattform teilzunehmen. Die Geschäftsstelle wird hierzu einladen, weitere Interessierte sind sehr willkommen. Als Beispiele für eine Online-Plattform wird auf die „Open Gender Plattform“ (<https://opengenderplattform.de/>) und auf die Plattform „Mit Pflege Leben“ (<https://mitpflegeleben.de/pflege/>) verwiesen.

Die in Punkt 3. der Beschlussvorlage formulierte Stärkung und Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit wird begrüßt. Es wird um die Ergänzung der benannten Akteur*innen um die Bereiche „Bildung und Schule“ gebeten. Punkt 3, Satz 1 wird einstimmig, ohne Gegenstimme und Enthaltung ergänzt und lautet nun: „Die Teilnehmenden des RTB unterstützen jeweils im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsversorgung, Hilfesystem, Polizei sowie Bildung und Schule“.

Frau König bittet um Abstimmung der ergänzten Beschlussvorlage. Der Beschluss wird einstimmig, ohne Gegenstimme und Enthaltungen angenommen. Der Beschluss incl. Maßnahmenübersicht ist dem Protokoll beigefügt (s. Anlage Beschlüsse).

TOP 3.4. Bericht und Beschluss Fachgruppe „Datenerhebung/Forschung“

Frau Prof. Dr. Dr. Tezcan-Güntekin, BSPH, präsentiert Arbeit und Ergebnisse der Fachgruppe. Auch hier liegen den Anwesenden Ziele, Beschreibung der Ist-Situation, Maßnahmenvorschläge und die Beschlussvorlage schriftlich vor. Frau Prof. Dr. Dr. Tezcan-Güntekin unterstreicht die Bedeutung von Daten für die Entwicklung fundierter Maßnahmen. Derzeit sind kaum Daten zum Versorgungsgeschehen vorhanden, es bedarf weiterer Forschung. Sie wirbt für die Teilnahme weiterer Personen an der – aktuell nur mit 3 Organisationen besetzten - Fachgruppe. Sie bittet weiterhin um Zustimmung auch Personen einzubeziehen, die fachliche Expertise besitzen, aber nicht dem RTB angehören. Dem Vorschlag wird nicht widersprochen. Frau Dr. Rauchfuß erklärt die Mitwirkung der DGPF an der Fachgruppe. Bezüglich der Erhebung von Routinedaten wird die Fachgruppe mit der Fachgruppe Versorgungsrealitäten zusammenarbeiten.

Frau König bedankt sich für die Präsentation und für die engagierte Arbeit der Fachgruppe. Frau König bittet um Abstimmung der vorliegenden Beschlussvorlage. Der Beschluss wird einstimmig, ohne Gegenstimme und Enthaltungen angenommen. Der Beschluss incl. Maßnahmenübersicht ist dem Protokoll beigefügt (s. Anlage Beschlüsse).

TOP 4 Aktivitäten und Erfahrungen der teilnehmenden Organisationen

Drei Teilnehmer*innen des Runden Tisches stellen Maßnahmen vor.

TOP 4.1. Befragung Berliner Rettungsstellen zum Stand und zu Möglichkeiten der Umsetzung der WHO-Leitlinien

Das Projekt war in der Sitzung des RTB vom 12.6.2019 initiiert worden und wird seit August 2019 unter Leitung von Frau Prof. Dr. Dr. Tezcan-Güntekin, angesiedelt in der Geschäftsstelle des RTB, realisiert. Die Projektmitarbeiterinnen Lena Plamp und Laurette Rasch (Studierende BSPH) stellen erste Ergebnisse vor. Die ppt-Folien sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im anschließenden Austausch werden folgende Themen aufgerufen:

- Die Befragung zeigt, dass die Vorgabe des Landeskrankenhausplans 2016-2020, nach der Kliniken mit Notfallversorgung Konzepte für die Versorgung von Kindern und von Erwachsenen nach häuslicher und sexualisierter Gewalt vorhalten müssen, noch nicht von allen Kliniken umgesetzt wird. Es soll geklärt werden, in welcher Weise die Umsetzung befördert und eine regelmäßige Abfrage zum Stand erfolgen kann (Vorgabe im LKP wird als sinnvoll erachtet). Die Klärung liegt im Verantwortungsbereich der SenGPG. Ebenfalls soll geprüft werden, ob die Vorgabe des Landeskrankenhausplans ausgeweitet werden kann (klinikweite Konzepte, nicht nur Notfallversorgung).
- Weitere Forschung und Rahmenbedingungen: Vergleichbare Erhebungen in weiteren Versorgungsbereichen wären sinnvoll und anzustreben. Dafür bedarf es ausreichender Ressourcen. Eine ebenfalls für sinnvoll erachtete qualitative Vertiefung der aktuell laufenden Rettungsstellenbefragung ist mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht umsetzbar.
- Verbreitung der Ergebnisse der Befragung insbesondere in den (Berliner) Krankenhäusern. Herr Reiche (BKG) wird gebeten Möglichkeiten der Verbreitung, ggf. eine Veranstaltung, über die Berliner Krankenhausgesellschaft zu prüfen.

- Qualifizierung: Die Befragung verweist auf vielfältigen Schulungsbedarf, u.a. auch zur Versorgung von LGBTIQ-Personen. Das Thema soll festgehalten und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen werden.
- Herr Bendix-Kaden nimmt die Anregung mit, die Polizeiliche Kriminalstatistik um den Aspekt „sexuelle Orientierung der Tatperson“ zu erweitern, um z.B. Aussagen zu angezeigten Taten in gleichgeschlechtlichen Beziehungen treffen zu können.
- Die vorläufigen Ergebnisse bestätigen viele von den Fachgruppen erarbeiteten Einschätzungen und Vorschläge.

Die Fachgruppen werden gebeten, die Ergebnisse der Befragung in ihrer Arbeit aufzugreifen.

Frau König dankt dem Forschungsteam für die Arbeit und die Präsentation und den Anwesenden für den angeregten Austausch und Mitwirkung.

TOP 4.3. Maßnahmen der BARMER Krankenkasse incl. Datenauswertung

Frau Leyh stellt den bisherigen Prozess der Auseinandersetzung mit den Zielen des Runden Tisches in der BARMER vor. Die Thematik wurde intensiv nach Innen und Außen kommuniziert. Intern einbezogen wurden z.B. die Gleichstellungsbeauftragte, der Ärztliche Bereich, die psychosoziale Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit. Nach außen wurden u.a. der Medizinische Dienst der Krankenkassen und die Arbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte der Ersatzkassen angesprochen und involviert (im Detail siehe Matrix „Maßnahmen zur Umsetzung der WHO Leitlinien“). Im Anschluss an diesen Überblick präsentiert Frau Leyh die Ergebnisse der Datenanalyse zur T74 Nutzung. Die T74 Codierung ist eine ursachenbezogene Codierung und fokussiert das Themenfeld „Misshandlung/Missbrauch“. Die PPT ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der folgende Austausch fokussiert die Datenanalyse. Angesprochen werden folgende Aspekte:

- Unterschiede zwischen den Ländern (häufigere/seltenere Verwendung der T74 Codierung). Es ist unklar worin diese Unterschiede begründet sind. Eine Klärung ist angestrebt.
- Nutzung der T74 Codierung. Es gibt keine Vorgabe zur Verwendung der T74 Codierung bei Erwachsenen. Die Verwendung unterbleibt in der Praxis u.a. auch aufgrund möglicher Folgen bzw. Risiken einer Mitteilung für die Betroffenen (keine Sicherheit, dass Daten nicht weitergereicht bzw. Dritte Zugang zu den Daten haben). Als weiterer Grund wird genannt, dass mit der Codierung keine Leistungsabrechnung verbunden ist.
- Weitere Klärung von Sicherheitslücken sowie Prüfung von Möglichkeiten diese zu schließen. Die Geschäftsstelle bietet an das Thema weiter zu verfolgen und das Ergebnis in die Fachgruppe Datenerhebung/Forschung einzubringen.

Frau König dankt Frau Leyh für die Vorstellung der Maßnahmen und der Auswertung und den Anwesenden für den engagierten Austausch.

TOP 4.1. Integration der Thematik in das Projekt Babylots*innen

Herr Rothenpieler, SenGPG stellt das Projekt „Babylots*innen“ und die erfolgten Aktivitäten zur Integration des Themas „Häusliche Gewalt“ in die Ausbildung der Babylots*innen und in die Fortbildung bereits tätiger Babylots*innen vor.

In das bundesweite Curriculum der Weiterbildung zur Babylots*in wurde ein 3,5-stündiger Schulungsblock integriert, die Umsetzung begann in 2019. Bereits an Berliner Kliniken tätige Babylots*innen erhielten eine Fortbildung. Die Umsetzung der Qualifizierungsangebote erfolgt in Kooperation mit der Koordinierungsstelle des S.I.G.N.A.L. e.V. Erste Rückmeldungen der Schulungsteilnehmer*innen zeigen, dass das Angebot positiv aufgenommen wird und weitere Aktivitäten erforderlich sein werden um eine gute Versorgung sicher zu stellen. Darunter die Schulung von Hebammen in den Geburtshilfen der Berliner Kliniken und die Schulung der Sozialdienste der Kliniken.

Die Anwesenden begrüßen die positive Entwicklung. Herr Rothenpieler wird beim nächsten Runden Tisch über die weitere Entwicklung berichten.

Frau König dankt Herrn Rothenpieler für die Vorstellung des Projekts.

TOP 5 Arbeitsaufträge und Vereinbarungen

Frau Wieners fasst die vereinbarten Arbeitsaufträge aus der Sitzung kurz zusammen:

- Arbeitsaufträge der Fachgruppen entsprechend der Beschlüsse, sowie
 - o FG Versorgungsrealitäten befasst sich mit dem Punkt „Entwicklung tragfähiger Versorgungsmodelle der psychischen/psychologischen Unterstützung (...)“ aus dem Expert*innengespräch Migration/Flucht
 - o FG erörtern, welche Überprüfungsinstrumente sinnvoll sein könnten, um umgesetzte Maßnahmen einer Qualitätskontrolle zu unterziehen
- Arbeitsaufträge an SenGPG und Geschäftsstelle
 - o Möglichkeiten der Fortsetzung der Expert*innengespräche (ältere Menschen, Inter/Trans Menschen) prüfen
 - o Erstellung Rahmenkonzept und Bezifferung Finanzbedarf einer online Plattform (mit der FG Öffentlichkeitsarbeit)
- SenGPG
 - o wirkt auf eine berufsrechtliche Prüfung der Fallvignetten (FG Schnittstelle Kinder/Jugendliche) durch die ÄKB hin
 - o prüft Möglichkeiten zur Umsetzung und ggf. Ausweitung der Vorgabe des Landeskrankenhausplans und zur regelmäßigen Abfrage zur Umsetzung
- Geschäftsstelle
 - o Erstellung einer Berliner Fassung der WHO Leitlinien
 - o Fortlaufende Aktualisierung Matrix Maßnahmen der Organisationen
 - o T74 Codes – Klärung der Sicherheitslücken
- Mitglieder RTB
 - o LKA PräV prüft die Anregung die Berliner PKS zu erweitern
 - o BKG prüft Möglichkeiten zur Verbreitung Ergebnisse Rettungsstellenbefragung

Verschiedenes

Frau Hautmann berichtet vom zurzeit entstehenden E-Learning Kurs zum Thema häusliche Gewalt. Es besteht die Möglichkeit den Probedurchlauf kostenfrei zu testen. Nähere Informationen unter <https://haeuslichegewalt.elearning-gewaltschutz.de/>

Frau Staatssekretärin König bedankt sich bei allen Anwesenden für die engagierte Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.

Anlagen

- Anlage 1 Liste der Teilnehmenden
- Anlage 2 Tischvorlage „Gender-Sprache“
- Anlage 3 Auswertung Rücklauf aus den Organisationen (erfolgte/geplante Maßnahmen)

Teilnehmer*innen der Sitzung

Organisation	Vertreterin / Vertreter
Apothekerkammer Berlin	Claudia Achilles-Aust
Ärztekammer Berlin	Dr. Matthias Brockstedt
BARMER, Landesvertretung Berlin/Brandenburg	Gabriela Leyh
Berliner Feuerwehr, Rettungsdienst	Lisa Wollenhaupt (Vertretung f. Frau Susanne Drescher)
Berliner Hebammenverband e.V.	Ann-Jule Wowretzko
Berliner Krankenhausgesellschaft e.V.	Wulf-Georg Reiche
Berlin School of Public Health	Prof. Dr. Dr. Hürrem Tezcan-Güntekin
Berufsverband der Frauenärzte e.V., LV Berlin	Dr. Bettina Gaber
Berufsverband der Ärzte für Kinder- und Jugendmedizin, LV Berlin	Dr. Jakob Maske
Dt. Gesellschaft für Psychosomatische Frauenheilkunde/Geburtshilfe e.V.	Prof. Dr. Martina Rauchfuß
Geschäftsstelle Runder Tisch, S.I.G.N.A.L. e.V.	Marion Winterholler
	Karin Wieners
	Stefan Beckmann
Kassenärztliche Vereinigung Berlin	Dr. Christiane Wessel
LAG der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten	Juliane Fischer-Rosendahl (Vertretung für Maja Löffler)
Deutsche Gesellschaft Interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin e.V., Landesgruppe Berlin	Hendrike Stein
Landespflegerat Berlin Brandenburg	Juliane Blume
Landeskriminalamt Berlin, 133	Thomas Hoffmann
Landeskriminalamt Berlin, Prävention 2	Michael Bendix-Kaden
Landeskriminalamt Berlin, Prävention	Katharina Stertz
Öffentlicher Gesundheitsdienst, Leitungsrunde der Amtsärzte/-innen	Dr. Katrin Wolf (Vertretung f. Dr. Sina Bärwolf)
Berliner Praxisrat Gewalt gegen Frauen* und Kinder	Dr. Majken Bieniok (Vertretung für Friederike Strack)
	Sabine Harlos
Psychotherapeutenkammer Berlin	Dorothee Hillenbrand
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	Kerstin Engelke
Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	Dirk Rothenpieler
	Karin Hautmann
	Luisa Talamini
	Barbara König
	Dr. Thomas Götz

Verband medizinischer Fachberufe e.V., LV Mitte-Ost	Susanne Geller
Zahnärztekammer Berlin	Dr. Helmut Kesler

Gäste

Berlin School of Public Health	Laurette Rasch
	Lena Plamp

Tischvorlage zu TOP 2

2.1. „Gender-Sprache“

Die Arbeitsgruppe „Gender-Sprache“ bittet um Zustimmung zu folgender Vereinbarung:

In Veröffentlichungen des *Runden Tisches Berlin - Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt* wird der "Gender-Stern" (z.B. Leser*in) genutzt. Der „Gender-Stern“ wird genutzt um Personen einzubeziehen, die sich nicht im binären Geschlechter-system von Frau und Mann wiederfinden.

Regelung für Texte, die auf der Webseite der SenGPG eingestellt werden:

Der „Gender-Stern“ kann in Texten auf der Webseite der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung nicht genutzt werden. Für die Veröffentlichung auf der Webseite der SenGPG wird eine alternative Textfassung erstellt. Genutzt wird eine neutrale Schreibweise oder die weibliche und die männliche Form.

Der Text wird jeweils zum Originaltext verlinkt.

Anlage 3

Auswertung des Rücklaufs „Erfolgte Maßnahmen zur Umsetzung der WHO Leitlinien und mögliche bzw. geplante Maßnahmen“ mit Stand 21. Januar 2020

Ziele der Befragung:

- Teilnehmende Organisationen in den Prozess einbinden und aktivieren
- Überprüfung und Ergänzung bestehender bzw. bereits erfolgter Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen (organisationsinterner Sachstand)
- Weitere Maßnahmen/Aktivitäten der Organisationen zur Umsetzung der Empfehlungen sammeln und kenntlich machen (organisationsinterne Maßnahmenplanung)

Rücklauf:

Bis zum 20. Januar 2020 haben 16 der 28 am Runden Tisch teilnehmenden Organisationen den ausgefüllten Fragebogen an die Geschäftsstelle zurückgesandt (57%). Darunter 11 Organisationen aus dem Gesundheitsbereich, 4 Senatsverwaltungen und 2 Organisationen/Netzwerke des weiteren Hilfe-/Unterstützungssystems. In der Summe ist das leichter Zuwachs gegenüber dem Stand zum 12.06.2019 (12 Organisationen).

Auswertung:

Für die Auswertung und weitere Präsentation wurden die Fragestellungen in folgende Zielstellungen gebündelt:

- 1: Die Empfehlungen der WHO werden in der eigenen Organisation bzw. unter den Mitgliedern bekannt gemacht und verbreitet
- 2: Informationen und Arbeitshilfen zur Ersthilfe und Versorgung Betroffener häuslicher und sexualisierter Gewalt werden bereitgestellt
- 3: Gesundheitsfachkräfte werden in Ersthilfe und Versorgung qualifiziert, die Thematik wird in Aus-, Fort- und Weiterbildung von Gesundheitsfachkräften verankert
- 4: Ersthilfe und medizinische/psychotherapeutische Angebote bei häuslicher und sexualisierter Gewalt werden systematisch in der Versorgung verankert
- 5: Es werden Erkenntnisse zur Problematik, zur gesundheitlichen Versorgung und zur Wirkung von Versorgungsmaßnahmen gewonnen und erweitert (Datenerhebung, Forschung etc.)
- 6: Die Entwicklung neuer Versorgungskonzepte wird unterstützt, Konzepte werden modellhaft erprobt und etabliert
- 7: Die sektorenübergreifende Zusammenarbeit in der gesundheitlichen Versorgung Betroffener häuslicher und sexualisierter Gewalt wird gefördert und weiterentwickelt

Erste Ergebnisse:

Ziel 1: 13 Organisationen verweisen auf bereits erfolgte Maßnahmen zur Bekanntmachung der Empfehlungen. Genutzt wurden vor allem organisationsinterne Informationswege wie z.B. Newsletter und Rundschreiben, sowie Schulungen/Veranstaltungen. Geplante Maßnahmen werden von 12 Organisationen benannt (Newsletter, Rundschreiben, Arbeitsgremien, Fortbildungen).

Ziel 2: Zehn Organisationen stellen derzeit Informations- und Arbeitsmaterialien zur Verfügung oder haben an der Entwicklung von Materialien mitgewirkt. Überwiegend werden Flyer von Hilfeeinrichtungen verbreitet, eine Organisation plant einen Fachtag, eine verbreitet die Empfehlungen zur Dokumentation/Spurensicherung. Auf bestehende Handlungsanweisungen und Ab-

laufdiagramme in den Bereichen Kinderschutz und sexuelle Gewalt wird einmal verwiesen. Der Rettungsdienst/Berliner Feuerwehr setzt ab Anfang 2020 eine zum Thema entwickelte SOP um. Weitere Maßnahmen sind von sieben Organisationen (Flyer von Hilfeeinrichtungen verbreiten, Ablaufdiagramme/Kurzleitfäden entwickeln, Materialien über die Homepage zugänglich machen, Fachtag ausrichten) geplant.

Ziel 3: In sieben Organisationen finden bereits Maßnahmen zur Qualifizierung von Fachkräften statt. Maßnahmen zur Verankerung der Thematik in Form von Ausbildungscurricula und Fortbildungen erfolgten in fünf Organisationen. Weitere Maßnahmen zur Qualifizierung und Verankerung werden von acht Organisationen geplant.

Ziel 4: Maßnahmen zur systematischen Verankerung von Ersthilfe und med./psychotherapeutischen Angeboten erfolgen bislang nur sehr begrenzt und nur durch drei Organisationen. Die Ärztekammer Berlin engagiert sich für regelhafte Fortbildungsmaßnahmen, derzeit auch mit dem Fokus auf Kinderschutz; die Apothekerkammer verweist auf die medikamentöse Versorgung und Beratung (Pille danach, HIV). Einrichtungen im Zusammenschluss des Praxisrates werben im Rahmen ihrer Tätigkeit bei Klientinnen für die Nutzung von Dokumentationsinstrumenten. Weitere Maßnahmen im Planungsprozess benennen vier Organisationen.

Ziel 5: Eine Sammlung relevanter Daten erfolgt derzeit weiterhin nur durch eine Organisation (SenGPG Gleichstellung/Daten zur Anzahl psychisch belasteter Frauen in Zufluchtseinrichtungen). Weitere Aktivitäten im Kontext von Datenerhebung werden von fünf Organisationen anvisiert, wie z.B. weiterführende Erfassung von Daten, Befragung von Klientinnen, Daten zum Nutzungsverhalten SOP (Rettungsdienst der Feuerwehr).

Ziel 6: Im Hinblick auf modellhafte Versorgungskonzepte verweist derzeit eine Organisation konkret auf Beteiligung/Unterstützung eines entsprechenden Konzepts (Modell „Traumanetz Berlin“ mit neuen stationären/teilstationären Angeboten für Frauen mit komplexen Traumafolgeschwerden und ihre Kindern). Zwei Organisationen können sich derzeit weitere Maßnahmen vorstellen.

Ziel 7: Sechs Organisationen benennen Maßnahmen zur Förderung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit. Eine konkrete Kooperation besteht zwischen ÖGD und Kinderschutzambulanzen sowie Gewaltschutzambulanz, der Psychotherapeutenkammer und Fachstelle Traumanetz, der SenGPG Abtl. Gleichstellung im Rahmen der Umsetzung des IMP. Weitere bestehen zwischen Einrichtungen, die sich dem Praxisrat zuordnen und niedergelassenen Ärzt*innen sowie Kliniken. Geplante Maßnahmen benennen acht Organisationen, darunter den Ausbau an Beratungsangeboten, von proaktiver Beratung, Prüfung der Möglichkeit das Thema im angedachten neuen Landesgesundheitsziel „gesund leben“ aufzunehmen, Stärkung der Kooperation zwischen Antigewaltseinrichtungen (Erwachsene) und Kinderschutz und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen psychotherapeutischer/psychiatrischer Versorgung und Antigewaltseinrichtungen.

Weiteres Vorgehen:

Der IST-Stand sowie die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der WHO Leitlinien werden kontinuierlich weiter erhoben, halbjährig bei den Organisationen abgefragt, nach Bedarf in Sitzungen des RTB berichtet.

Die Übersichten werden allen Mitgliedern des Runden Tisches in Tabellenform für den internen Gebrauch zur Verfügung gestellt.